

Naive Studierende bevorzugt

Der Nachrichtendienst des Bundes warnt Hochschulen in einer Broschüre vor ausländischen Geheimdiensten.

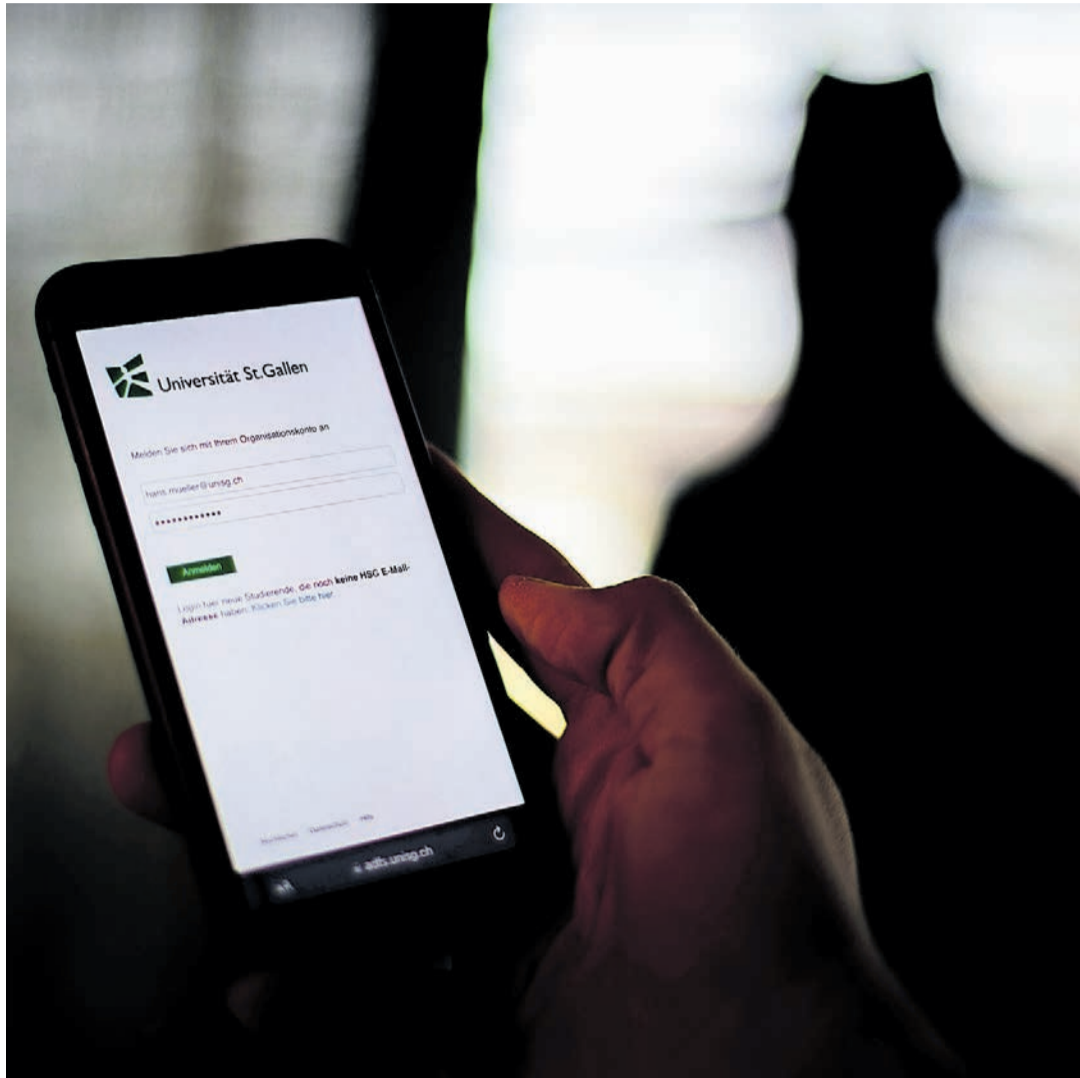
Raphael Rohner

Ein Doktorand der Universität St. Gallen bekam vor einiger Zeit immer wieder Kontaktanfragen über die sozialen Medien. Während er sich zu Beginn über das Interesse einiger Studenten aus asiatischen Ländern freute, wurde es ihm irgendwann unheimlich: «Mir kam dieser plötzliche Fame spanisch vor. Auf ihren Profilen schienen die Unbekannten Studierende fernöstlicher Universitäten zu sein, doch sagte mir mein Bauchgefühl, dass da irgendwas nicht stimmen kann. Sie wollten immer mehr Details über ein abgeschlossenes Projekt wissen, bei dem ich nur am Rande mitgearbeitet habe.» Der Doktorand löschte schliesslich seinen Account und erstellte einen neuen.

Geraten Studierende etwa ins Visier von ausländischen Geheimdiensten und Spionen? Genau davor warnt der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) in einer neuen Informationsbroschüre für Schweizer Hochschulen. Der HSG-Student ist kein Einzelfall – im Gegenteil: Weil sich die Universitäten und Hochschulen immer besser vor Zugriffen von aussen schützen, geraten immer mehr Studierende und Dozenten ins Visier von ausländischen Geheimdiensten und Wirtschaftsspionen. Dabei spielt die offene Kultur der Schweizer Universitäten und Hochschulen den ausländischen Agentinnen und Agenten in die Hände. Der Nachrichtendienst schreibt auf Anfrage: «Die Möglichkeiten der verbotenen Nachrichtenbeschaffung sind heutzutage simpel: Eine Anfrage über die sozialen Medien genügt, um an Informationen zu gelangen – sofern man nicht sensibel ist oder misstrauisch wird.»

Verbindungen zwischen Hochschule und Staat

Der NDB listet weitere Beispiele für Versuche von verbotener Informationsbeschaffung auf. Eine Studentin etwa, die sich in



Immer mehr Fälle von Spionage an Hochschulen werden bekannt.

Bild: Raphael Rohner

ihrem Auslandssemester in einem asiatischen Land mit einer vermeintlichen Mitstudentin angefreundet hat, geriet dadurch unbemerkt in die Fänge eines ausländischen Nachrichtendienstes. Die Schweizerin wurde über ihre Kollegin von der Universität angefragt, ob sie gegen Bezahlung Berichte für ein Forschungsinstitut schreiben wolle. Das Forschungsinstitut entpuppte sich als getarnter staatlicher Nachrichtendienst, der ausländische Studenten als Mittel einsetzt, um an Informationen aus ihren Hochschulen zu kommen.

Dem NDB sind bestehende Verbindungen zwischen zivilen chinesischen Universitäten und

staatlichen Institutionen wie Sicherheitsdiensten und dem Militär bekannt. Diese Tatsache kann besonders im Rahmen von Forschungsk Kooperationen mit Schweizer Instituten mögliche Risiken mit sich bringen. Im Hinblick auf einen illegalen Wissenstransfer betrachtet der NDB die angewandte Forschung in technischen und naturwissenschaftlichen Fachbereichen als besonders kritisch.

Der Nachrichtendienst kommentiert das jedoch äusserst diplomatisch: «Die internationale Zusammenarbeit und der Wissensaustausch sind für den Forschungsbereich von zentraler Bedeutung und sollen nicht behindert werden. Es ist aber

wichtig, dass sich Bildungs- und Forschungsinstitute möglicher Bedrohungen bewusst sind und einen vorsichtigen Umgang mit kritischem Know-how pflegen.» Es liege daher in der Verantwortung der Universitäten und Hochschulen, sich bei Forschungsk Kooperationen im Vorfeld gründlich über das ausländische Partnerinstitut und dessen Absichten zu informieren, sowie mögliche Sicherheitsrisiken mit den zuständigen Behörden abzuklären.

Schon länger ist bekannt, dass ein Netzwerk der Kommunistischen Partei mit dem Ministerium für Staatssicherheit der Volksrepublik China in Deutschland im Verborgenen Einfluss

auf seine Landsleute ausübt. Auch gebe es parteinahe Studenten und Studierendenvereinigungen, die von sich aus auch aktiv werden können, sofern jemand auffällt, sagt Ralph Weber, China-Experte und Professor an der Universität Basel, in einem Artikel der NZZ.

Russische Thinktanks werben Fachkräfte an

Seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine haben auch die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste zugenommen, schreibt der Nachrichtendienst des Bundes. Die Systematik des verbotenen Nachrichtendienstes sei überall ähnlich: Nicht nur aus Fernost wird sich Zugriff an Schweizer Hochschulen verschafft, sondern auch aus Russland. Auf LinkedIn finden sich viele russische Thinktanks, die Schweizer Fachkräfte anwerben wollen. Gerade im akademischen Umfeld sind auch Startups aus Russland beliebt: Es geht um lukrative Jobangebote für Studierende oder die Finanzierung von Forschungsprojekten. «Gelingen solche Zugangsversuche der ausländischen Mächte nicht, sind auch Cyberangriffe auf Hochschulen nicht auszuschliessen», schreibt der Nachrichtendienst. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist genau das an der Universität Zürich passiert, wo Anfang Februar Unbekannte versucht haben, die Sicherheitssysteme der Hochschule zu knacken.

Ein weiteres Risiko für Hochschulen sind die Zugriffsmöglichkeiten der Mitarbeitenden und Studierenden von ausserhalb. Seit der Coronapandemie haben sich Fernzugriffsmöglichkeiten überall etabliert. «Bei diesem raschen Digitalisierungssprung fehlte bei vielen Systemen die Zeit für eine ausreichende Sicherheitsüberprüfung. Häufig werden zudem private Geräte für diese Zugriffe genutzt, die nicht vollständig kontrolliert werden können», heisst es beim NDB.

Bund bremst bei Kitafinanzierung

Betreuung Wer seine Kinder in der Kita betreuen lässt, der soll finanziell unterstützt werden. Das fordert die Bildungskommission des Nationalrats. Sie will damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Bevor das Geschäft im Nationalrat diskutiert wird, nahm gestern der Bundesrat Stellung.

Zwar teile auch er die «Auf-fassung, dass die familienergänzende Kinderbetreuung weiterhin gefördert werden muss und dass die öffentliche Hand die Eltern finanziell stärker entlasten soll». Dennoch lehne der Bundesrat einen Bundesbeitrag zur Senkung der Kitakosten für die Eltern «grundsätzlich» ab, wie er in einer Mitteilung schreibt. Ein Grund dafür ist das fehlende Geld: Die Vorlage würde den Bund im ersten Jahr nach Inkrafttreten rund 710 Millionen Franken kosten. Ein solches Engagement erlaube die angespannte finanzielle Situation des Bundes allerdings nicht. Zudem sei die familienergänzende Kinderbetreuung in der Kompetenz der Kantone und auch in der Verantwortlichkeit der Arbeitgeber, so die Landesregierung.

Kantone sollen sich an Kosten beteiligen

Sollte das Parlament dennoch auf die Vorlage eintreten, dann wünscht sich der Bundesrat Anpassungen. Unter anderem bei der Höhe der Bundesbeiträge soll das Parlament korrigieren: Statt 20 Prozent sollen lediglich 10 Prozent der durchschnittlichen Kosten eines familienergänzenden Betreuungsplatzes vom Bund übernommen werden. Mitfinanziert werden soll das mit einer «namhaften Beteiligung» durch die Kantone. Weiter ist der Bundesrat der Ansicht, dass der Bundesbeitrag «nur jenen Eltern gewährt werden soll, die arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren und die ihre Kinder aus diesen Gründen nicht selber betreuen können».

In den vergangenen Jahren hat der Bund die Kantone mit Beiträgen an die Programme im Bereich der familienergänzenden Betreuung unterstützt. Das 2003 geschaffene Impulsprogramm läuft Ende 2024 aus. Nach dem Willen der zuständigen Kommission soll es nun in eine «zeitgemässe Lösung» überführt werden. (chi)

Im Ernstfall könnte es brenzlig werden

Nach der Evakuierung des Bundeshauses am Dienstag wächst die Kritik am Sicherheitsdispositiv.

André Bissegger und Reto Wattenhofer

Ein Grosseinsatz rund um das Bundeshaus in Bern hat am Dienstag für Aufregung gesorgt: Auslöser war ein Mann in Kampfmontur. Er versuchte über den südlichen Besuchereingang ins Parlamentsgebäude zu gelangen. Die Kantonspolizei Bern nahm den Mann fest. Er trug eine Schutzweste und ein Waffenholster.

Sein Auto hatte der Mann auf dem Bundesplatz parkiert. Da die Polizei nicht ausschliessen konnte, dass sich darin Sprengstoff befand, sperrte sie das Gebiet grossräumig ab. Mehrere Gebäude mussten evakuiert werden – darunter auch

das Parlamentsgebäude. In diesem fanden zu dieser Zeit mehrere Sitzungen von vorberatenden Kommissionen von National- und Ständerat statt. Später gab die Polizei Entwarnung: Im Auto fand sich kein Sprengstoff.

Damit ist die Angelegenheit allerdings noch nicht ausgestanden: Denn genau diese Evakuierung löst nun Zweifel aus, ob das Sicherheitsdispositiv funktioniert. Zu den Evakuierten gehörte am Dienstag auch Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR). «Ich muss gestehen, dass ich das Evakuierungssystem nicht verstanden habe – wie übrigens alle meine Kollegen», kritisierte er gestern im Westschweizer Radio RTS. «Als wir evakuiert wurden, liessen uns die Türen nur einzeln

raus, also sehr, sehr langsam. Und als alle draussen waren, haben wir uns zusammen auf dem Platz vor dem Hotel Bellevue versammelt, ohne jeglichen Schutz.» Caroni spricht von einer «bizarren Situation» und einem «idealen Szenario» für einen Angriff auf alle Anwesenden.

Viele verschiedene Stellen sind zuständig

Am Tag nach der Evakuierung stellen sich viele Fragen zur Sicherheit und zu den Vorkehrungen im Parlamentsgebäude: Genügt das Sicherheitsdispositiv im Falle eines koordinierten Angriffes auf das Bundeshaus? Warum dauerte es so lange, bis die Parlamentarier das Gebäude

verliessen? Gerne hätte man darauf konkrete Antworten erhalten. Doch auf Nachfrage von CH Media zeigen sich die Bundesbehörden wortkarg.

Das dürfte auch damit zu tun haben, dass viele Stellen involviert sind – vermutlich zu viele. Eine kurze Recherche verdeutlicht: Beim Sicherheitsdispositiv im Bundeshaus herrscht ein Flickenteppich sondergleichen. Dieser beginnt bereits bei den Evakuationskonzepten mit unterschiedlicher Federführung: Im Bundeshaus West ist die Bundeskanzlei zuständig. Im Bundeshaus Ost das Verteidigungsdepartement. Im Parlamentsgebäude sind es die Parlamentsdienste. Damit nicht genug: Die Zutrittskontrolle zum

Gebäude wird vom Fedpol verantwortet – genauer vom Bundesdienst. Dieser hatte am Dienstag schliesslich auch die Kantonspolizei Bern alarmiert, als der verdächtige Mann vor dem Besuchereingang aufgetaucht war.

Die vorgebrachte Kritik lässt Bundesratsprecher André Simonazzi nicht gelten. «Nicht die Evakuierten können sagen, ob das die richtige Massnahme ist in dieser Situation.» Ob evakuiert werde, geschehe nach einer umfassenden Analyse. Niemand schicke Leute hinaus, «wenn draussen Gefahr besteht». Trotzdem kündigten die Parlamentsdienste und das Fedpol an, gegebenenfalls Verbesserungen einzuleiten.

Lotto

Schweizer Zahlenlotto

5, 9, 19, 29, 30, 35 Glückszahl: 3
Replay-Zahl: 13 Jokerzahl: 9 6 1 7 5 7
15.02.2023

Deutsches Zahlenlotto

19, 22, 26, 33, 37, 45 Super 6: 977 513
Superzahl: 6 Spiel 77: 8 706 850
15.02.2023

Österreichisches Zahlenlotto

5, 9, 18, 22, 28, 33 Zusatzzahl: 24
Joker: 735 703
15.02.2023

Euromillions

24, 26, 38, 43, 46 Sterne: 2, 3
2. Chance: 8, 14, 21, 24, 32
Super-Star: M 6 2 1 X 14.02.2023
Alle Angaben ohne Gewähr